

II-2031 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10131J

1981 -03- 02

A n f r a g e

der Abg. Dr. FEURSTEIN, Dr. Blenk, Hagspiel

und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Befreiung von Kraftfahrzeugen von Behinderten von der KFZ-Steuer

§ 2 Abs.2 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes enthält eine Kann-Bestimmung, wonach Fahrzeuge, die Kriegsbeschädigte, Zivilbeschädigte und Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich infolge bleibender körperlicher Beschädigung verwenden müssen, von der KFZ-Steuer befreit werden können.

Wie konkrete Beispiele beweisen, wird diese Kann-Bestimmung nicht einheitlich angewendet. Immer wieder kommt es vor, daß Finanzämter Befreiungsanträge ablehnen. In diesen Fällen wird auf die Kann-Bestimmung verwiesen. Um die Rechtssicherheit für die Behinderten zu erhöhen, wäre es wünschenswert, diese Kann-Bestimmung durch eine Muß-Bestimmung zu ersetzen. Dies hätte zur Folge, daß Kraftfahrzeuge, die Behinderte zur persönlichen Fortbewegung verwenden müssen, von der KFZ-Steuer zu befreien sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie bereit, bei der nächsten Novellierung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in § 2 Abs.2 die Kann-Bestimmung durch eine Muß-Bestimmung zu ersetzen ?
- 2) Wenn nein, welche Gründe werden von Ihnen gegen eine solche Änderung vorgebracht ?
- 3) In wievielen Fällen wurden im Jahre 1980 Befreiungsanträge von Behinderten abgelehnt ?